Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,90 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Ohne gerichtlich Gewalt, Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle höherer eingesandter Schriftstücke

Anzeigenpreise laut amtlichem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 69 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 22. März 1935

Gold oder nicht Gold?

Belgien in einer ernsten Krise.

Seit dem letzten Pfundsturz Anfang März ist der Währungswirrwarr von Tag zu Tag größer geworden. Eine Unsicherheit ohnegleichen herrscht in den meisten großen Wirtschaftsstaaten. Die Goldblockländer, das sind die Staaten, die unbedingt an der Goldwährung festhalten wollen, nämlich Frankreich, Belgien, Schweiz, Holland und Italien, stehen vor der einschneidenden Frage: am Gold festhalten oder vom Gold abgehen? Die vom Gold abgegangenen Länder, vor allem England und die Staaten des sogenannten Sterlingsklubs (Skandinavien, Dänemark usw.) fragen sich, ob es ihnen mit Hilfe einer nochmaligen Abwertung ihrer Währungen möglich sein wird, ein zweites Mal einen Sondergewinn, einen Währungsgewinn im internationalen Warengeschäft hereinzuholen. Alles ist in Unruhe, in Unsicherheit, in Bewegung. Kein Staat, weder die goldreichen, noch die mit den entwerteten Valuten, sind in der Lage, größere Handelsabkommen auf längere Sicht abzuschließen, weil niemand weiß, welchen Wert die Währung des Handelspartners in wenigen Wochen haben wird.

Am stärksten in die Krise der Goldblockländer wurde in diesen Tagen Belgien hineingezogen. Dieses kleine Land mit seinen über acht Millionen Einwohnern spürt die Währungskrise besonders deshalb so stark, weil es über eine außerordentlich hochentwickelte Industrie, vor allem reiche Kohlen- und Eisenlager, ausgedehnte Eisenhütten und Stahlwerke, Glas- und Zementfabriken verfügt, die sämtlich auf Ausfuhr angewiesen sind und weil das Inland nicht imstande ist, die Erzeugnisse des Landes, vor allem die Industrieerzeugnisse, in vollem Umfange aufzunehmen. Seitdem aber England das Pfund entwertet hat, wird die teuerere belgische Industrieware überall auf den Weltmärkten von den billigeren englischen Erzeugnissen zurückgedrängt. Absatzstockungen entstehen. Die Arbeitslosigkeit und mit ihr die politische Unzufriedenheit, wachsen von Monat zu Monat. Ein Teil der industriellen Kreise beantwortet diesen Druck mit der Forderung nach einer Abwertung des belgischen Francs, des Belga, um auf diese Weise, wie sie mutmaßen, nach dem englischen Beispiel, der Ausfuhr Tür und Tor zu öffnen. Dabei übersehen sie allerdings, daß je mehr Länder auf dem Weltmarkt durch Währungsentwertungen unterbieten, desto kleiner der Kreis der Gewinner wird. In politischen Kreisen Belgiens dagegen ist man der Auffassung, daß der Goldstandard unter allen Umständen gehalten werden muß.

Diese währungspolitischen Meinungsverschiedenheiten haben nicht zuletzt zum Sturz der belgischen Regierung geführt. Der Rücktritt des Kabinetts kam um so überraschender, als der belgische Außenminister Hymans nach seiner Rückkehr aus Paris zu Anfang der Woche die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Landes hinter sich zu haben schien, als er erklärte: „Der Belga ist gerettet", und eine neue Devisengesetzgebung eingeführt wurde. Zweck der Pariser Reise des belgischen Ministers war eine eingehende Erörterung der schwierigen währungs- und handelspolitischen Lage Belgiens gewesen. In handelspolitischer Hinsicht war diese Reise eine einzig große Enttäuschung. Zur Stützung der Währung wurde sogleich eine scharfe Devisenkontrolle in Belgien eingeführt. Diese Maßnahmen fanden aber nicht die Gegenliebe der breiten Öffentlichkeit. Die Gegner des Goldstandards betonten immer wieder, daß diese Maßnahmen nur einen Aufschub der Krise darstellten, an der eigentlichen Währungskrise aber vorübergingen. So kam es zum Sturz des belgischen Kabinetts.

Tatsache ist, daß es unter allen Wirtschaftsstaaten der Erde den Goldblockländern, den Ländern, die die „Sicherheit" ihrer Währung in Form von Goldbarren in den Tresoren ihrer Notenbanken liegen haben, am schlechtesten geht. Obgleich der Belga seine gesetzmäßige Golddecke von 40 Prozent noch um 20 Prozent überschreitet, ist Belgien mit am schärfsten in das Krisennetz verstrickt. Das liegt nicht zuletzt daran, daß vor allem die goldreichste Macht der Erde, Frankreich, die sich stets mit viel schönen Reden zum Schützer der Goldmächte aufgeworfen hat, allen belgischen Vorschlägen auf Zugeständnisse in der Außenhandelsfrage als der Voraussetzung für den Währungsschutz verschlossen hat. Immer wieder, zuletzt erst bei dem Pariser Besuch vom letzten Sonntag, haben die belgischen Fachkreise darauf hinweisen lassen, daß ihre Währung nur dann gesichert bleiben kann, wenn sie sich auf ein gut funktionierendes Außenhandelssystem stützt. Trotz dieser Hinweise hat Frankreich im letzten Jahr die belgischen Erzeugnisse immer mehr von seinem Inlandsmarkt abgedrängt und damit die Not der belgischen Wirtschaft bedenklich verschärft. Während die Wirtschaftsunion Belgien-Luxemburg weitaus der beste Kunde Frankreichs ist und 1934 noch für 1977 Millionen Francs Waren aus Frankreich bezog (gegen 2240 Millionen Francs im Jahre 1932), hat Frankreich seine Einfuhr aus Belgien-Luxemburg 1934 auf 1740 Millionen Francs gegenüber 2447 Millionen Francs 1932 verringert.

Will Frankreich künftig weiterhin auf seinem Standpunkt des Beharrens am Golde bestehen, so wird es sich dazu bequemen müssen, weit mehr als bisher Erzeugnisse aus den Goldblockländern, besonders aus dem schwer unter dem Ausfuhrmangel leidenden Belgien, einzuführen. Um so mehr, als auf der letzten Konferenz der Goldblockländer 1934 die Vereinbarung getroffen worden war, den Warenaustausch innerhalb dieser Ländergruppe um wenigstens 10 Prozent zu steigern.

Daß Frankreich selbst den Ernst der Lage, die Schwierigkeit, die Goldblockländer beim Goldstandard zu behalten, erkennt, geht aus der Rührigkeit hervor, mit der sich die französischen Minister Flandin und Germain-Martins für die Herbeiführung einer internationalen Verständigung in den Währungsfragen einsetzen. Geplant ist die Schaffung eines internationalen Devisenfonds bei einer Zentralstelle, der die Überwachung der führenden Weltwährungen obliegen soll. Die Zeit drängt um so mehr zur Tat, als tatsächlich die neuen Stützungsmaßnahmen für den Belga keine durchgreifende Bereinigung der schwierigen Währungslage bedeuten. Die Unsicherheit über die Zukunft des Belga bleibt nach wie vor bestehen, ebenso wie die über den Gulden, den schweizerischen Franken oder die italienische Lira, die trotz ihrer beachtlichen Golddeckung heute weit ungesicherter sind als die vom Gold gelösten Währungen.

Zur Bannung der Wirtschaftsnot, zur Sicherung der Währung bedarf es, wie das deutsche Beispiel zeigt — Deutschland hat sich vom Golde getrennt ohne seine Währung auch nur im entferntesten preiszugeben — in erster Linie des Vertrauens und der Mitarbeit einer ganzen Nation. Auf diese Erkenntnis muß auch im Ausland wieder zurückgegriffen werden, wenn das Währungschaos beseitigt werden soll.

Deutschland weist die Proteste Italiens u. Frankreichs zurück

In Berlin begegnet man all den Noten und dem französischen Schritt beim Völkerbund mit der größten Ruhe. Bisher hat sich der Anrufung des Völkerbundes durch Frankreich kein anderer Staat angeschlossen. Allerdings hat man in Rom zum Ausdruck gebracht, daß Italien mit dem französischen Schritt grundsätzlich einverstanden sei. Hieraus ist jedoch nicht zu folgern, daß Italien und Frankreich sich über die nächsten Maßnahmen einig wären. Selbst in Paris besteht eine gewisse Unsicherheit. Man könne nicht gleichzeitig versuchen, Deutschland aus dem Völkerbund zu entfernen und es auf der anderen Seite auffordern, wieder einzutreten — schreibt z. B. die Pariser Zeitung „Journal". Weiter wird in der Pariser Presse zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich entweder ein Verfahren gegen Deutschland vor dem Völkerbundsrat hätte einleiten oder seine Hoffnung auf die Pariser Besprechung mit Lordsiegelbewahrer Eden und dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich hätte setzen müssen. Beides zu gleicher Zeit sei unmöglich. Diese Unsicherheit ergab sich auch in der

Rede des französischen Ministerpräsidenten Flandin

im Senat, der die Welt von einer angeblichen französischen Abrüstung zu überzeugen suchte. Das ist ihm jedoch schlecht gelungen. Flandin hat ferner versucht, eine Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland zu konstruieren und hat sich auf den Artikel 11 der Völkerbundssatzung berufen. Im Absatz 2 dieses Artikels 11 heißt es:

„Es wird ferner erklärt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der geeignet ist, die internationalen Beziehungen zu berühren und in der Folge den Frieden oder das gute Einvernehmen unter Nationen, von denen der Frieden abhängt, zu stören."

Wohlweislich hat Flandin vermieden, etwa auf den Artikel 8 der Völkerbundssatzung einzugehen: „Die Mitglieder des Bundes bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten internationalen Verpflichtungen vereinbar ist." Frankreich hat innerhalb des Völkerbundes praktisch für die Durchführung dieses Artikels nichts getan.

Frankreich hat die Abrüstung sabotiert und hat durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bewiesen, daß es nicht gewillt ist, seine in der Präambel der Völkerbundssatzung eingegangenen Abrüstungsverpflichtungen zu erfüllen.

Erst angesichts dieser Tatsachen hat Deutschland mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht geantwortet. Deshalb ist man in Genfer Völkerbundskreisen peinlich berührt, weil man weiß, daß durch die Schuld Frankreichs die Genfer Abrüstungsbesprechungen seinerzeit ein klägliches Ende gefunden haben. Daß Frankreich gar nicht an Abrüstung denkt, beweist neuerdings der Vorstoß des französischen Luftfahrtministers, General Denain, der im Luftfahrtausschuß der Kammer forderte, die Herstellung des Materials für die Luftmacht, besonders der schweren Verteidigungsmaschinen, zu beschleunigen. General Denain teilte daraufhin dem Ausschuß mit, daß er dem Parlament unverzüglich eine neue Kreditforderung vorlegen werde, die sich auf 1½ Milliarden Francs belaufen würde. Dem Luftfahrtminister stehen also für 1935 Kredite in Höhe von 3¼ Milliarden Francs zur Verfügung.

Die jetzt in Frankreich vorhandenen 1100 Militärflugzeuge sollen auf eine Stärke von 1500 gebracht werden.

Nach den Meldungen aus London scheint die englische Regierung ihre Teilnahme an den Pariser Besprechungen am Sonnabend mehr als eine Höflichkeitsgeste gegenüber Frankreich zu betrachten. Der Beschluß der französischen Regierung, den Völkerbund mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland zu befassen, wird in England fast einmütig verurteilt. Die „Times" meinen,

nichts sei besser geeignet, eine Rückkehr Deutschlands nach Genf zu verhindern, als eine Anklage vor dem Völkerbundsrat,

der nichts weiter als eine formale Erklärung abgeben könne. Der Völkerbund werde in den deutschen Augen noch mehr das Ansehen einer deutschfeindlichen Vereinigung erhalten. Der französische Beschluß sei daher tief bedauerlich. Wenn die englische Regierung dennoch den Lordsiegelbewahrer Eden nach Paris schicke, so tue sie es, um Frankreich und Italien über den englischen Ministerbesuch in Berlin zu beruhigen.

Lordsiegelbewahrer Eden wird mit dem englischen Außenminister Simon gleichzeitig in Berlin eintreffen, um die Besprechungen mit dem Führer und Reichskanzler durchzuführen. Am 26. März fährt dann Eden mit dem Londoner Sowjetbotschafter Maisky nach Moskau. Am 1. April trifft Eden dann in Warschau ein.

Außenpolitische Aussprache im englischen Unterhaus.

Im englischen Unterhaus fand am Donnerstagabend die angekündigte große Aussprache über die englische Außenpolitik statt. Der englische Oppositionsführer Lansbury führte dabei u. a. aus: Die Zeit sei jetzt gekommen, daß England etwas mehr für den Frieden tue, als es bereits getan habe. Deutschland habe eine Herausforderung begangen. Das so begonnene Wettrüsten werde unvermeidlich zum Krieg und zur Zerstörung der Zivilisation führen. England müsse Simon mit einem gänzlich neuen Auftrag nach Berlin schicken. Es müsse sich bereit erklären, mit den anderen Nationen einer Internationalisierung der großen Luftwege der Welt zuzustimmen, die allen Ländern offenstehen müßten. Lansbury schlug eine Weltkonferenz zur Prüfung aller Fragen vor, die die Nationen entzweiten.

Für die liberale Opposition sprach Sir Herbert Samuel. Er vertrat den Standpunkt, daß nichts geschehen dürfe, was Simon bei seinen höchst schwierigen Verhandlungen in Verlegenheit bringen könne. Deutschland soll über die Haltung Großbritanniens nicht im Zweifel gelassen werden: Gleichheit des Status für Deutschland — ja; militärische Vorherrschaft Deutschlands — nein. (Beifall.) Simon, so schloß Samuel, gehe als der Abgesandte der englischen Nation nach Berlin; er könne sich rückhaltlos auf die geschlossene nationale Meinung des Landes stützen. (Beifall.)

Keine Völkerbundssondersitzung vor den englischen Besuchen.

In englischen Regierungskreisen wurde die Ansicht vertreten, daß voraussichtlich keine Sondersitzung des Völkerbundes einberufen werde, bevor die britischen Besuche in Berlin, Moskau und Warschau stattgefunden haben. Lordsiegelbewahrer Eden erklärte in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus: „Der Völkerbundsrat wird am 13. Mai zu einer

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF